

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 12

Artikel: Die deutsche Regierungskrise und die Sozialdemokratie
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der solide Nylonstrumpf der Nachkriegsjahre ist einem sogenannten «Wegwerfstrumpf» gewichen, den früher kein Kaufmann einer Kundin hätte anbieten dürfen, kurz: Ein Konsum wird dort künstlich erzeugt, wo ein Bedarf eigentlich gar nicht besteht. Es ist nun aber nicht einzusehen, warum die durch Arbeitszeitverkürzung und bessere Entlohnung breiten Schichten zuteilgewordene Kaufkraft unbedingt dem «Konsum um des Konsums willen» geopfert werden muß. Ebensogut könnten die freigewordenen Kräfte in den Dienst einer Kulturpolitik gestellt werden, die sich mehr um Wissen, Lernen und Bildung bemüht als um Fernsehunterhaltung, Transistorradios, seichte Filme und dreijährlich gewechselte Automobile. Die sich ständig vergrößernde Diskrepanz zwischen technischem und geistig-sittlichem Fortschritt wird zwar viel bejammert, aber selten von dieser Richtung her bekämpft.

ROLF REVENTLOW

Die deutsche Regierungskrise und die Sozialdemokratie

Die durch die «Spiegel»-Affäre ausgelöste Regierungskrise in der Bundesrepublik war und blieb bis zum Schluß eine Krise persönlicher Beziehungen zwischen den beteiligten Ministern, eine Krise der Machtpositionen in der Regierung eher denn etwa der Widerstreit politischer Stellungnahmen. Daher konnte sie auch keine eigentliche politische Lösung finden. Der wortgewandte und, bei Bedarf, auch lautstarke Verteidigungsminister Franz Joseph Strauß mußte weichen, der Bundeskanzler Adenauer blieb. Er sagte nun zwar zu, im nächsten Jahr zurückzutreten, um einem Nachfolger die Möglichkeit zu geben, sich, wie man so schön sagt, «einzuarbeiten». Man könnte auch zutreffender sagen, um die nächsten Bundestagswahlen 1965 vorzubereiten. Die beiden christdemokratischen Parteien, im Bundestag in einer Fraktion zusammengefaßt, verfügen immer noch über die stärkste Position im Bundesparlament, und niemand kann ernstlich in Frage stellen, daß der Nachfolger Adenauers eben auch ein Christdemokrat sein wird.

Es geht also bei der Frage nach dem nächsten Regierungschef ausgesprochen um eine «Nachfolge»frage, eine durch die lange Amtszeit Konrad Adenauers beinahe dynastisch wirkende Angelegenheit. Man hat sich dabei die christdemokratischen Parteien sozusagen als die regierende Familie vorzustellen. Sie fühlt sich auch als solche. Auch bei der auf etwas absonderlichen Wegen begonnenen Annäherung an die Sozialdemokraten schwang der Ton mit, «unseren Alten dürft Ihr natürlich nicht in Frage stellen».

Und «unser Alter», der 86jährige Kanzler beherrscht dabei immer noch die politische Bühne und Regie in einer Weise, der sich niemand in Bonn zu entziehen in der Lage ist. Der Rebellen gibt es genug, bei den Christdemokraten im stillen Kämmerlein, bei der liberalen FDP ganz offen. Doch mehr als ein noch ungewisses Versprechen war nicht zu erreichen.

Für die Sozialdemokraten waren die Fühlungnahme einiger Christdemokraten und dann die offiziellen Verhandlungen eine Überraschung, die widersprüchsvolle Reaktionen auslöste. An sich konnte sich niemand dem Gefühl der Genugtuung entziehen, daß nach vielen Wahlkämpfen und anderen Auseinandersetzungen, in denen die SPD stets, wenn nicht als Vorkämpfer Moskaus, so doch zumindest als die Partei dargestellt wurde, die in der Verantwortung den Untergang Deutschlands besiegen würde, nunmehr als Koalitionspartner in Rechnung gestellt wurde. Zweifellos gab und gibt es bei den Christdemokraten Kreise, denen die Sozialdemokraten aus verschiedenen Gründen als Koalitionspartner lieber wären als die liberale FDP. Der Arbeitnehmerflügel, der von dem Abgeordneten Kratzer geführt wird, würde sich in sozialpolitischen Fragen mit der SPD eher einigen können als mit den Freien Demokraten. Der Einfluß dieser Gruppe ist in der CDU/CSU-Fraktion jedoch nicht sonderlich stark. Es gab zudem gerade während der Verhandlungen mit der SPD starke Spannungen zwischen Kratzer und dem «Alten», der «seine» und nicht etwa die Politik der christdemokratischen Arbeitnehmer verfolgte. Die Vermutung liegt nahe, es hätte sich überhaupt nur um ein geschicktes taktisches Manöver gehandelt, um die verhältnismäßig kleine Gruppe der Freien Demokraten bei den Verhandlungen gefügiger zu machen. Allerdings, wenn die SPD auf einige entscheidende Fragen positiv reagiert hätte, dann wäre Adenauer vielleicht bereit gewesen, schließlich auch Bundeskanzler von Gnaden der SPD zu bleiben.

Zuerst ging es um Adenauer selbst, dann um die bizarre Forderung, in Zusammenhang mit der Neubildung der Regierung das Wahlrecht zu ändern. Man wollte nun plötzlich ein Mehrheitswahlrecht nach britischem oder gaullistischem Muster mit der ausgesprochenen Zweckbestimmung, damit die schwächeren Freien Demokraten bei kommenden Wahlen auszuschalten oder, wie etwas hintergründig gesagt wurde, klare Mehrheiten zu schaffen. Das geltende Wahlrecht ist zwar ein wenig kompliziert, aber dennoch ein gut ausgewogenes System, die Persönlichkeitswahl in Einer-Wahlkreisen durch die Verrechnung der sogenannten Zweitstimmen mit einem effektiven Proporz zu verbinden. Ein Mehrheitswahlrecht, das in Einer-Wahlkreisen die Stimmen ausschaltet die nicht dem Mehrheitskandidaten zugute kommen, würde in der Bundesrepublik mit Sicherheit die Stellung der beiden christdemokratischen Parteien auf Jahrzehnte so zementieren, daß eine politische Änderung — deren Mög-

lichkeit schließlich das Wesen der Demokratie darstellt — nicht mehr in Frage käme.

Die SPD konnte und wollte hierauf nicht eingehen, einmal aus begreiflichem Selbsterhaltungstrieb heraus und dann auch, weil diese Manipulation des Wahlrechts anläßlich einer Regierungsumbildung politisch nicht vertretbar ist. Adenauer, der gewohnt ist, daß man ihm in der CDU/CSU folgt, brach dann die Verhandlungen sofort ab. Auch ohne dieses brüsker Ende wäre eine Koalition der CDU/CSU mit der SPD schwer vorstellbar gewesen, denn eine Reihe von Gesetzgebungsmaßnahmen, die derzeit auf der Traktandenliste des Bundestages anstehen, sind Gegenstand tiefgehender Gegensätzlichkeiten zwischen den beiden Parteien. Was der bisherige Innenminister als sogenanntes Notstandsgesetz vorschlug entspricht nicht den Mindestforderungen der Sozialdemokraten. Ihre Zustimmung in diesem Fall ist erforderlich, da ein solches Gesetz eine Änderung des Grundgesetzes bedeutet und daher einer qualifizierten Mehrheit bedarf. In den Reihen der SPD ist das Mißtrauen über Absichten und Anwendungen solcher Bestimmungen im Falle eines — bisher unzureichend definierten — Notstandes gestiegen, seit derselbe Innenminister im Bundesparlament leichthin auf die vielen sozialdemokratischen Anfragen erklärte, man habe in der «Spiegel»-Affäre ein wenig die Legalität verletzt. Ein Bündel von Änderungsvorlagen zu sozialpolitischen Gesetzen, genannt das «Sozialpaket», sind nicht minder Gegenstand grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und der CDU/CSU. Selbst wenn mithin die Kanzlerfrage und das manipulierte Wahlrecht kein Hindernis gebildet hätte, wären der Fragen genug geblieben, die vor einer gemeinsamen Regierungsbildung hätten geklärt werden müssen.

Innerhalb der SPD gab es dabei auch einige und nicht geringe Meinungsverschiedenheiten. Es gibt eine Tendenz in der Sozialdemokratie, die bereits nach den Bundestagswahlen 1961 auf eine Allparteienregierung abzielte. Ihre Parteigänger gingen in erster Linie auf eine gemeinsame Politik aller Parteien in der Berlinfrage und den außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik aus. Sie übersahen die nicht übersehbaren inneren Gegensätzlichkeiten der CDU/CSU zur SPD, die nicht nur etwa auf den Neigungen des alten Bundeskanzlers beruhen. Es genügt, die Protokolle des Bundestages nachzulesen, um festzustellen, wie sehr eben doch auch eine sehr pragmatisch gewordene sozialdemokratische von der bürgerlichen Auffassung politischer Notwendigkeiten verschieden ist. Nunmehr bei der Krise gab es auch Vertreter der Ansicht, das Dabeisein beim Regieren sei wohl eine Messe wert und müsse auch dann versucht werden, wenn es etwa notwendig sei, den Bundeskanzler Adenauer eine Zeitlang zu erdulden. Lange könne das ja nicht mehr dauern. Und was das Wahlrecht betreffe, nun ja, in Großbritannien funktioniere doch ein Mehrheitswahlrecht ganz gut.

Dieser Strömung gegenüber machte sich in den kritischen Tagen der Beratungen sehr lebhaft die teilweise emotionelle, teilweise aber auch betont politische Ablehnung der Person Adenauers geltend. Dabei spielte die Überlegung eine Rolle, daß einmal nach dem Grundgesetz des Bundeskanzlers die Richtlinien der Politik der Regierung bestimmt, also stets eine entscheidende Rolle spielt, und anderseits der vermutliche «Kronprinz» der Christdemokraten der Wirtschaftsminister Prof. Erhard sein wird, der in vielen Fragen — nicht zuletzt der Wirtschaftspolitik — den Sozialdemokraten noch weit mehr grundsätzlich ablehnend gegenübersteht als der jetzige Bundeskanzler. Es gibt auch, und nicht nur bei den Sozialdemokraten, Politiker, die immer noch bezweifeln, daß Konrad Adenauer wirklich im kommenden Jahr zurücktritt, wenn sein körperliches Befinden es ihm ermöglicht, weiterhin aktiv zu sein. In dieser Hinsicht ist das Phänomen Adenauer, des Mannes, der mit über siebzig Jahren begann, eine entscheidende Rolle in der deutschen Politik zu spielen, noch keineswegs abgeschlossen.

Interessant ist nunmehr für die wiederum in die Opposition zurückgedrängte Sozialdemokratie das vielschichtige Spiel zwischen den beiden christdemokratischen Parteien. Bekanntlich gibt es in Bayern, dem größten Bundesland, nur die Christlich-Soziale Union (CSU), deren Landesvorsitzender Franz Joseph Strauß heißt, während die von Konrad Adenauer geführte Christlich-Demokratische Union (CDU) auf die übrigen Länder der Bundesrepublik beschränkt ist. Im Bundestag bilden beide Gruppen normalerweise eine einzige Fraktion. Nunmehr aber ist Franz Joseph Strauß dabei, seine bayerische Sonderstellung zur Geltung zu bringen und sich auf diese Weise eine Reservestellung zu sichern. Niemand kann ernsthaft annehmen, daß er sich auf die Dauer mit der Stellung eines Bundestagsabgeordneten begnügen wird. Eine erste Kraftprobe war das Parteiverfahren gegen den Baron von und zu Gutenberg, der im Einverständnis mit Konrad Adenauer, aber ohne Auftrag und Information von Franz Joseph Strauß Gespräche mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, geführt hatte.

Das Wort Opposition darf dabei nicht irreführen. Die Stellung der SPD ist im Bereich der Bundesrepublik vielerorts die der entscheidenden Regierungsverantwortung, so in Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen. Dies drückt sich sehr stark im Bundesrat aus, der etwa dem schweizerischen Ständerat entspricht. In den meisten deutschen Großstädten ist die SPD zudem bestimmend oder verfügt sogar über die absolute Mehrheit. Sie ist damit ein bestimmendes Element des demokratischen Regimes der Bundesrepublik in einem historisch wichtigen Abschnitt deutscher Zeitgeschichte, der bereits länger dauert als der krisenreiche Bestand der Weimarer Republik.